**Satzung
zur Regelung des Marktverkehrs
der Gemeinde Wentorf bei Hamburg
vom 01.10.2003**

Aufgrund

- des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 23. Juli 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 529), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 126)
 - der §§ 67 und 70 der Gewerbeordnung (GewO) in der Fassung vom 22.02.1999 (BGBl. I. S. 2002), zuletzt geändert durch 9. Euro-Einführungsgesetz vom 10.11.2001 (BGBl. I. 2001, S. 2992/2995)
- wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 25. September 2003 folgende Satzung zur Regelung des Marktverkehrs in der Gemeinde Wentorf bei Hamburg erlassen:

Teil I.	Allgemeines
Teil II.	Wochenmärkte
Teil III.	Volksfeste/Veranstaltungen
Teil IV.	Schlussbestimmungen

Teil I. Allgemeines

§ 1 Öffentliche Einrichtung

Die Gemeinde betreibt Wochenmärkte (§ 67 GewO) sowie Volksfeste (§ 60 b GewO) – allgemein als Märkte bezeichnet – als öffentliche Einrichtung.

§ 2 Marktflächen, Markttag und Öffnungszeiten

- (1) Märkte finden auf der von der Gemeinde WENTORF bestimmten Flächen zu den von ihr festgesetzten Tagen und Öffnungszeiten statt.
- (2) Soweit aus begründetem Anlass eine örtliche oder zeitliche Verlegung von Märkten erforderlich sein sollte, wird dieses rechtzeitig vorher bekannt gemacht.

§ 3 Recht auf Teilnahme

- (1) Die Teilnahme an den Märkten steht grundsätzlich jedermann - soweit er dem Teilnehmerkreis der festgesetzten Veranstaltung angehört - frei.
- (2) Die Marktaufsicht kann aus sachlich gerechtfertigtem Grund im Einzelfall Teilnehmer ausschließen und den Zutritt zur oder den Aufenthalt auf der Marktfläche untersagen, insbesondere wenn die für den betreffenden Markt zur Verfügung stehende Fläche nicht ausreicht, gegen diese Satzung oder gegen eine aufgrund dieser Satzung ergangene Anordnung gröblich bzw. wiederholt verstoßen wird.
- (3) Die Entscheidung über ein Zutritts- oder Aufenthaltsverbot gemäß Abs. 2 trifft die Marktaufsicht.

§ 4 Marktaufsicht

- (1) Die Marktaufsicht obliegt dem Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde. Der Begriff „Marktaufsicht“ in dieser Satzung bezeichnet grundsätzlich den Marktmeister bzw. dessen Stellvertretung, es sei denn, es ist in einzelnen Bestimmungen dieser Satzung ausdrücklich etwas anderes bestimmt.
- (2) Den Anordnungen der mit der Marktaufsicht beauftragten und mit einem entsprechenden Dienstausweis versehenen Mitarbeiter ist Folge zu leisten.
- (3) Den Beauftragten ist jederzeit Zutritt zu den Standplätzen und den darauf befindlichen Betriebseinrichtungen zu gewähren. Für die Wahrnehmung der amtlichen Aufgaben erforderliche Auskünfte sind wahrheitsgetreu zu erteilen. Alle im Marktverkehr tätigen Personen haben sich auf Verlangen ihnen gegenüber auszuweisen. Marktbesucher, die einer Reisegewerbekarte bedürfen, haben auf Verlangen eine gültige Reisegewerbekarte vorzulegen.
- (4) Personen, die gegen diese Satzung verstoßen, können durch die Marktaufsicht oder Polizeibeamte vom Markt für den jeweiligen Markttag verwiesen werden. Bei groben Verstößen kann jemand für ei-

nen bestimmten Zeitraum, im Wiederholungsfalle auch für unbestimmte Zeit, von der Marktbenutzung oder vom Betreten des Marktes ausgeschlossen werden. Der Bescheid darüber ist schriftlich zu erteilen.

§ 5 Betriebseinrichtungen

- (1) Als Betriebseinrichtungen sind auf den Marktflächen nur
 - a. Verkaufswagen, -anhänger und -stände sowie
 - b. Fahrgeschäfte, Schaubuden, Schießbuden, Schankzelte und ähnliche Einrichtungen zugelassen.
- (2) Verkaufseinrichtungen unter Abs. 1 Ziffer 1 dürfen nicht höher als 3 m sein, Kisten und ähnliche Gegenstände nicht höher als 1,20 m gestapelt werden. Hierbei dürfen größere Mengen von leeren Kisten, Kartonnagen oder anderes brennbares Material in oder unmittelbar an den Geschäften nicht gelagert werden.
- (3) Die Betriebseinrichtungen müssen standfest sein; sie dürfen die Marktflächen nicht beschädigen und weder an Bäumen noch an Verkehrs-, Energie-, Fernsprech- oder ähnlichen Einrichtungen befestigt werden.
- (4) Die Vordächer von Betriebseinrichtungen dürfen den angewiesenen Standplatz nur nach der Verkaufsseite hin um höchstens 1,50 m überragen; sie müssen eine lichte Höhe von mindestens 2,10 m ab Straßenoberkante haben.
- (5) Ausnahmen von den in Abs. 1 - 3 enthaltenen Regelungen können im Einzelfall von der Marktaufsicht gestattet werden.
- (6) Die Marktbesicker haben an ihren Betriebseinrichtungen an gut sichtbarer Stelle ihren Vor- und Familiennamen sowie ihre Anschrift in deutlich lesbarer Schrift anzubringen, für eingetragene Firmen gilt dies in entsprechender Weise.
- (7) Zur Sicherung der ungehinderten Zufahrt von Einsatzfahrzeugen der Polizei, der Feuerwehr, des Rettungsdienstes sowie von Fahrzeugen der Straßenreinigung, der Post und der Anlieger sind die vorgegebenen Gänge und Durchfahrten freizuhalten.
- (8) Für den Fall, dass Marktbesicker Stromkabel oder andere Versorgungsleitungen auf oder über den Marktflächen verlegen, müssen diese von dem betreffenden Marktbesicker gegen Unfallgefahren abgesichert werden. Die Marktaufsicht ist berechtigt, Einzelanweisungen über Art und Weise der Absicherung zu erteilen.
- (9) Die zum Transport der Marktgeschäfte dienenden Wagen einschließlich Wohnwagen sind sofort nach der Anfahrt zu entladen und auf dem von der Marktbehörde zugewiesenen Standplatz abzustellen, es sei denn, die Aufstellung ist von der Marktaufsicht besonders zugelassen.

§ 6 Versorgungseinrichtungen

- (1) Der Marktplatz ist mit Wasser- und Elektroanschlüssen sowie teilweise mit Abwasserleitungen ausgestattet.
- (2) Für die Entnahme von Strom hält die Gemeinde auf den Marktflächen Verteilerkästen bereit. Jeder Marktbesicker, der im Rahmen der Märkte Strom benötigt, hat diesen direkt oder indirekt aus den Verteilerkästen der Gemeinde nach entsprechender Erlaubnis durch die Marktaufsicht zu entnehmen. Bei Volksfesten sind Stromanschlüsse über einen von der Gemeinde hierzu beauftragten Elektroinstallationsfachbetrieb herzustellen.
- (3) Die Entnahme von Strom für das Beheizen der Marktstände ist nicht gestattet.
- (4) Die Stromentnahme darf nur mit zugelassenen, technisch einwandfreien Anschlusssteckern/elektrischen Anlagen erfolgen (müssen den anerkannten Regeln der Technik/VDE- oder DIN-Vorschriften entsprechen). Es ist Sache des Marktbesickers (Standplatzinhabers), die für die störungsfreie Stromentnahme erforderlichen Geräte, Stecker, Kabel usw. auf eigene Kosten zu beschaffen und laufend in technisch einwandfreiem Zustand zu halten.
Die Marktaufsicht kann Marktbesicker mit nicht zugelassenen oder schadhafte Anschlusssteckern/elektrischen Anlagen von der Stromversorgung ausschließen. Die Marktaufsicht kann bei Überlastung von Stromverteilerkästen einzelne stromverbrauchende Geräte ganz oder teilweise von der Stromentnahme ausschließen.
- (5) Flüssiggasanlagen dürfen nur betrieben werden, wenn sie den Anforderungen der Anlage 3 „Technische Regeln für Flüssiggasgeräte und Feuerstätten in Fahrzeugen“ der technischen Regeln Flüssiggas, herausgegeben vom Deutschen Verein von Gas- und Wasserfachmännern und dem Verband für Flüssiggas in der jeweils geltenden Fassung, entsprechen. Flüssiggasanlagen sind vor der ersten Inbetriebnahme durch einen Sachverständigen der Flüssiggasgroßbetriebe oder einem vom Verband für Flüssiggas benannten Sachverständigen zu prüfen. Der Betreiber der Anlage hat eine Durchschrift der

über die Prüfung der Anlage ausgestellten Bescheinigung, die nicht älter als zwei Jahre sein darf, bei sich zu führen. Dem Betreiber dieser Anlage sind Arbeiten und Änderungen an der Anlage nicht gestattet. Im Freien aufgestellte Gasflaschen müssen gegen den Zugriff Unbefugter geschützt sein. Die Flaschen sind gegen Umfallen zu sichern.

§ 7

Verhalten auf den Märkten

- (1) Alle Teilnehmer/innen am Marktverkehr (Marktbesucher, deren Personal sowie Kunden und sonstige Besucher/innen) haben mit dem Betreten der Marktflächen die Bestimmungen dieser Satzung sowie die Anordnungen der Marktaufsicht und der zuständigen amtlichen Behörden zu beachten. Die allgemein geltenden Vorschriften – insbesondere der Gewerbeordnung, Preisangabenverordnung, das Lebensmittel-, Hygiene- und Baurecht sowie die üblichen Brandschutzbestimmungen sind zu beachten.
- (2) Marktbesucher und Marktbesucher haben ihr Verhalten auf den Märkten und den Zustand ihrer Sachen so einzurichten, dass keine Person oder Sache geschädigt, gefährdet oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird.
- (3) Es ist insbesondere unzulässig,
 1. Waren im Umhergehen oder in Form einer Versteigerung anzubieten,
 2. Werbematerial aller Art – mit Ausnahme von Parteien, Vereinen und Verbänden ohne kommerzielle Absicht – oder sonstige Gegenstände zu verteilen oder Sammlungen durchzuführen, sofern hierzu keine ausdrückliche Erlaubnis durch die örtliche Ordnungsbehörde erteilt wurde,
 3. Tiere auf die Marktfläche zu verbringen, ausgenommen Blindenhunde sowie Tiere, die zum Gegenstand des Marktverkehrs bestimmt sind,
 4. Fahrzeuge aller Art mit Ausnahme von Kinderwagen, Krankenfahr- und Rollstühlen mitzuführen,
 5. warmblütige Tiere zu schlachten, abzuhäuten, auszunehmen oder zu rupfen.
 6. Waren oder Verpackungsmaterial in den Marktgängen abzustellen.
 7. verdorbene Waren oder Abfälle auf die Märkte mitzubringen.
 8. vermeidbaren Lärm zu verursachen; Musikinstrumente und Tonübertragungsgeräte zu benutzen.
 9. sich selbständig gemeindlicher Versorgungseinrichtungen zu bedienen bzw. unerlaubt zu benutzen.
 10. eigenmächtig Standplätze zu belegen, zugewiesene Plätze zu erweitern, mit anderen Marktbesuchern die Plätze zu tauschen oder den zugewiesenen Standplatz ganz oder teilweise anderen Personen zu überlassen.
 11. Kennzeichen bzw. Markierungen der Marktaufsicht, durch die die einzelnen Flächen abgegrenzt und Fluchtlinien (Vorderfront) festgelegt wurden, zu verändern, zu beschädigen, zu versetzen oder zu entfernen.
 12. Reparaturen und Ausbesserungsarbeiten an den Marktgeschäften während der Veranstaltung vorzunehmen; über Ausnahmen entscheidet auf Antrag die Marktaufsicht.
 13. während des Verkaufes von unverpackten Lebensmitteln zu rauchen.
 14. das Anbieten und der Verkauf von Gegenständen, durch die Besucher/innen der Märkte belästigt oder gefährdet werden können.
 15. die Ausführung nicht marktüblicher gewerblicher Leistungen sowie das Ausspielen von Geld.
- (4) Marktbesucher, die Waren nach Gewicht verkaufen, müssen gesetzlich zulässige und geeichte Waagen und Gewichte verwenden. Die Wiegevorrichtungen sind so aufzustellen, dass Käufer/innen das Wiegen einwandfrei nachprüfen können.
- (5) Die Preise der angebotenen Waren und Leistungen sind den Marktbesuchern durch gut sichtbare, deutlich und lesbar beschriftete Preisschilder bzw. Preisangaben zur Kenntnis zu geben.

§ 8

Sauberhaltung der Marktflächen

- (1) Die Marktflächen dürfen nicht verunreinigt werden. Wer eine Verunreinigung verursacht, ist zu ihrer Beseitigung verpflichtet.
- (2) Der jeweilige Marktbesucher
 - ist für die Sauberkeit und Verkehrssicherheit des ihm zugewiesenen Standplatzes verantwortlich.
 - ist verpflichtet, seinen Marktplatz sowie die angrenzenden Gangflächen während der Benutzungszeit von Schnee und Eis freizuhalten.
 - hat dafür zu sorgen, dass Papier und anderes leichtes Material nicht verweht werden können.
- (3) Warenabfälle, Verpackungsmaterial und andere Abfälle sind in geeigneten Behältern zu sammeln und vom Marktbesucher nach Marktende wieder mitzunehmen.

- (4) Abfälle von Fleisch oder Fleischerzeugnissen, von Fischen oder sonstigen Lebensmitteln sind in geschlossenen Behältern zu sammeln und ebenfalls mitzunehmen. Der Standplatz ist gesäubert zu verlassen. Das Abspritzen und Auswaschen von Fischkästen und Verkaufswagen ist nicht gestattet. Imbissbetriebe sind mit einem Fettabscheider auszustatten bzw. haben die ordnungsgemäße Entsorgung nachzuweisen.

§ 9 Standgebühren

Von den Marktbesckickern werden für die Benutzung der Marktflächen im Rahmen des Marktverkehrs Standgebühren nach der „Satzung über die Erhebung von Marktgebühren (Marktstandsgeld) in der Gemeinde Wentorf (Marktgebührensatzung) in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

§ 10 Haftung

- (1) Das Betreten der Marktflächen geschieht auf eigene Gefahr. Die Gemeinde Wentorf haftet nicht für Personen-, Sach- oder Vermögensschäden auf den Märkten, es sei denn bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz des mit der Marktaufsicht betrauten Personals.
- (2) Umfang und Höhe möglicher Entschädigungen bemessen sich nach den Verrechnungsgrundsätzen für Haftpflichtschäden des Kommunalen Schadenausgleichs Schleswig-Holstein.
- (3) Mit der Platzzuweisung wird keinerlei Haftung, insbesondere auch nicht für die Sicherheit der von den Marktbesckickern eingebrachten Waren, Geräte und dgl. übernommen. In der gleichen Weise ist die Haftung für außerhalb des Marktbereiches abgestellte Fahrzeuge mit oder ohne Waren ausgeschlossen. Der Abschluss von Versicherungen bleibt den Marktbesckickern überlassen.
- (4) Der Marktbesckicker haftet für sämtliche von ihm oder seinen Bediensteten oder Beauftragten im Zusammenhang mit der Nutzung des zugewiesenen Standplatzes und aufgrund von Verstößen gegen die Bestimmungen dieser Satzung verursachten Schäden und stellt insoweit die Gemeinde von Haftungsansprüchen Dritter frei.
- (5) Wenn ein Markt infolge behördlicher Maßnahmen oder höherer Gewalt nicht stattfinden kann, kurzfristig räumlich verlegt werden muss oder erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden kann, so kann deswegen gegen die Gemeinde kein Entschädigungsanspruch geltend gemacht werden – insbesondere kein entgangener Gewinn.

Teil II. Wochenmärkte

§ 11 Wochenmärkte

Marktplatz, Markttag und Marktzeiten, Auf- und Abbau

- (1) Die Wochenmärkte finden auf dem Marktplatz zwischen den Straßen Zollstraße, Echardusstieg und Am Casinopark statt. Bei gleichzeitiger Durchführung eines Volksfestes wird der Wochenmarkt in die Straße Henkenhoop/Echardusstieg verlegt.
- (2) Markttag sind der Mittwoch und Sonnabend jeder Woche. Fällt einer dieser Tage auf einen gesetzlichen Feiertag, so wird der Markt auf den vorhergehenden Werktag verlegt.
- (3) Der Wochenmarkt findet grundsätzlich in der Zeit von 08.00 bis 13.00 Uhr statt. Der Aufbau darf frühestens um 6.00 Uhr begonnen werden und muss zu Beginn des Markthandels beendet sein. Mit dem Abbau darf erst nach Beendigung der Marktzeit begonnen werden. Der Marktplatz muss spätestens eine Stunde nach Marktende geräumt sein.

§ 12 Standplätze, Platzzulassung

- (1) Auf dem Wochenmarkt dürfen Waren nur von einem zugewiesenen Standplatz aus angeboten und verkauft werden.
- (2) Die Zuweisung eines Standplatzes erfolgt auf Antrag grundsätzlich durch den Marktmeister in der ihm übertragenen Aufgabe als Marktaufsicht auf unbestimmte oder bestimmte – befristete – Zeit (Dauererlaubnis) oder für einzelne Tage (Tageserlaubnis). Ein Anspruch auf die Zuweisung oder das Behalten eines bestimmten Platzes oder einer bestimmten Platzgröße besteht nicht und entsteht auch nicht durch regelmäßige Zuweisung des selben Standplatzes. Desgleichen besteht kein Anspruch darauf, auf der Marktfläche Lkw, Geräte- oder Wohnwagen abstellen zu dürfen. Über Ausnahmen entscheidet die Marktaufsicht.

- (3) Der Anspruch auf einen Standplatz erlischt, wenn er nicht spätestens 1 ½ Stunden vor Marktbeginn in Anspruch genommen wird. Die Marktaufsicht kann einem späteren Eintreffen im Ausnahmefall zustimmen, wenn sie rechtzeitig benachrichtigt worden ist und marktbetriebliche Erfordernisse nicht beeinträchtigt werden.
Für nicht oder nicht rechtzeitig in Anspruch genommene Standplätze kann die Marktaufsicht Tageserlaubnisse für den betreffenden Markttag nach marktbetrieblichen Erfordernissen erteilen.
- (4) Die Erlaubnis kann von der Marktaufsicht versagt werden, wenn ein sachlich gerechtfertigter Grund vorliegt. Ein sachlich gerechtfertigter Grund für die Versagung liegt insbesondere vor, wenn
1. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller die für die Teilnahme am Wochenmarkt erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt,
 2. der zur Verfügung stehende Platz insgesamt oder für bestimmte Warenarten nicht ausreicht,
 3. das Angebot des Antragsstellers mit dem Veranstaltungszweck nicht zu vereinbaren ist.
- (5) Die Erlaubnis kann von der Marktaufsicht widerrufen werden, wenn ein sachlich gerechtfertigter Grund vorliegt. Ein sachlich gerechtfertigter Grund für die Versagung liegt insbesondere vor, wenn
1. die Erlaubnis durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch Angaben erwirkt wurde, die in wesentlicher Beziehung nicht zutreffend oder unvollständig waren.
 2. der zugewiesene Standplatz wiederholt nicht benutzt wird,
 3. Marktbesucher oder deren Mitarbeiter erheblich gegen die Bestimmungen dieser Satzung oder gegen eine aufgrund dieser Marktsatzung ergangene Anordnung verstoßen haben,
 4. Marktbesucher die fälligen Standgebühren (§ 9) – trotz Aufforderung – nicht fristgerecht entrichtet haben,
 5. die Marktflächen ganz oder teilweise für bauliche Maßnahmen oder andere öffentliche Zwecke benötigt werden.
- Wird die Erlaubnis widerrufen, kann die sofortige Räumung des Standplatzes durch die Marktaufsicht verlangt werden.

§ 13 Tageserlaubnisse

- (1) Tageserlaubnisse sind entweder im Vorwege (vor dem jeweiligen Markttag) oder am Markttag vor Verkaufsbeginn direkt bei der Marktaufsicht durch Interessenten zu beantragen. Zusagen für Tageserlaubnisse werden entweder im Vorwege oder direkt am jeweiligen Markttag durch die Marktaufsicht erteilt.
- (2) Im Einzelfall kann die Vorlage eines aktuellen polizeilichen Führungszeugnisses sowie einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes durch die Marktaufsicht verlangt werden.

§ 14 Dauererlaubnisse

- (1) Die Dauererlaubnis ist schriftlich zu beantragen. Der Antrag hat zu enthalten:
1. Angaben über die Art des Betriebes und die Ausmaße der benötigten Flächen
 2. Personalien des Antragstellers
 3. den Nachweis der persönlichen Zuverlässigkeit durch Einreichung eines polizeilichen Führungszeugnisses und einer Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes in aktueller Form.
- Eine Aktualisierung der vorgenannten Angaben/Nachweise hat auf Verlangen der Marktaufsicht zu erfolgen.
- (2) Antragsteller für eine Dauererlaubnis, die aus Platzgründen oder aus marktbetrieblichen Gründen nicht sofort zugelassen werden können, werden auf eine Bewerberliste gesetzt, damit die zeitliche Reihenfolge der Bewerbungen im Auswahlverfahren berücksichtigt werden kann.
Die Gemeinde hat bei der Vergabe von freigewordenen Standplätzen einen Gestaltungsspielraum und damit ein Auswahlermessen. Die Vergabe von Dauererlaubnissen erfolgt nach der Reihenfolge der eingegangenen Bewerbungen und unter Berücksichtigung folgender Kriterien:
- a) Die Attraktivität des gesamten Marktes ist zu gewährleisten und zu verbessern. Auf dem Markt muss ein vielseitiges Warenangebot vertreten sein. Anbieter von Waren, die bereits in genügendem Maße vertreten sind, werden nicht berücksichtigt, wenn der verfügbare Markt nicht mehr für Anbieter anderer Warenarten ausreicht. Bewerber mit einem Warenangebot, das noch nicht auf dem Markt vertreten ist, werden bei der Vergabe bevorzugt.
 - b) Der von dem Bewerber betriebene Stand muss ein sauberes und freundliches Erscheinungsbild haben. Bei Lebensmittelständen wird eine einwandfreie Hygiene vorausgesetzt.
 - c) Nachweis der persönlichen Zuverlässigkeit gem. Abs. 1 Nr. 3.
- Damit Neubewerber nicht praktisch auf Dauer von der Standplatzvergabe ausgeschlossen sind, dürfen lediglich zwei Drittel der vorhandenen Marktstände auf unbestimmte Zeit vergeben werden. Ein Drittel

der vorhandenen Marktstände soll zeitlich befristet vergeben werden. Die Befristung darf zwei Jahre nicht überschreiten. Nach Fristablauf ist zu prüfen, ob der Standplatz einem Neubewerber zugewiesen werden kann. Eine Vergabe an den bisherigen Standplatzzinhaber ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

- (3) Die Dauererlaubnis ist an die Person des antragstellenden Markthändlers (Abs. 2) gebunden und nicht übertragbar. Sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden. Sie erlischt in den Fällen der Rechtsnachfolge (z. B. Verkauf des Geschäfts), ausgenommen bei Gesamtrechtsnachfolge im Erbfall.
- (4) Bei wesentlicher Änderung des Warenangebots durch den Markthändler erlischt eine erteilte Dauererlaubnis. Es kann die erneute Vergabe eines Standplatzes nach Absatz 1 beantragt werden.
- (5) Platzzusagen und –zuweisungen sind für die Dauer der Überlassung oder der Inanspruchnahme der Fläche, auf die sie sich beziehen, aufzubewahren und der Marktaufsicht auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 15 Marktwaren

- (1) Das Warenangebot auf dem Wochenmarkt umfasst die in § 67 Abs. 1 der Gewerbeordnung festgelegten Warenarten.
- (2) Zusätzlich sind bestimmte Waren des täglichen Bedarfs zugelassen, wie sie im einzelnen in der „Kreisverordnung über Gegenstände des Wochenmarktverkehrs“ in der jeweils geltenden Fassung aufgeführt sind.

§ 16 Warenverkaufsvorschriften

- (1) Obst- und Gemüsewaren müssen auf Tischen mindestens 60 cm über dem Erdboden angeboten werden. Sie müssen so gelagert werden, dass sie nicht verschmutzt werden können.
- (2) Leicht verderbliche Lebensmittel (z. B. Fleisch, Käse, Fisch, feine Backwaren) dürfen nur aus Verkaufseinrichtungen nach den lebensmittelhygienischen Vorschriften angeboten werden.
- (3) Marktbesicker, die Lebensmittel jeglicher Art feilbieten, haben, neben den in Absatz 1 und 2 genannten Anforderungen in Bezug auf die Verkaufsstände, auch beim eingesetzten Personal die jeweils geltenden lebensmittelrechtlichen Vorschriften zu beachten. Das Verkaufspersonal ist verpflichtet, für den Verkauf von Lebensmitteln einwandfreies Verpackungsmaterial zu verwenden.

Teil III Volksfeste

§ 17 Marktfläche, Zeiten, Öffnungszeiten

- (1) Jahrmärkte gemäß § 68 der Gewerbeordnung, Ausstellungen und Volksfeste finden auf dem Marktplatz zwischen den Straßen Zollstraße, Echardusstieg und Am Casinopark statt. Die Marktfläche kann um die Wegeflächen Zollstraße, Echardusstieg und Am Casinopark erweitert werden. Über Ausnahmen über den Veranstaltungsort entscheidet die örtliche Ordnungsbehörde.
- (2) Veranstaltungen gemäß Abs. 1 beginnen an den einzelnen Tagen jeweils um 14.00 Uhr und enden um 23.00 Uhr. Die örtliche Ordnungsbehörde kann in begründeten Fällen die Veranstaltungszeiten verändern.

§ 18 Zulassung

- (1) Anträge zur Durchführung von Volksfesten gem. § 17 Abs. 1 sind schriftlich bis zum 30.01. jeden Jahres bei der Gemeinde Wentorf – Marktaufsicht – zu beantragen. Eine gleichzeitige Bewerbung für mehrere Märkte ist zulässig.
Es kann auch die Überlassung des Marktplatzes und ggf. der Erweiterungsflächen beantragt werden, um in Eigenregie die Veranstaltungen, wie z. B. Weinfeste, Weihnachtsmärkte, durchzuführen. In diesen Fällen wird die Marktfläche und ggf. die Erweiterungsflächen nur als Ganzes zur Verfügung gestellt.
- (2) Der Antrag hat zu enthalten:
 1. Angaben über die Art des Marktes gem. § 68 Gewerbeordnung, insbesondere ob von dem Antragsteller der gesamte Marktbetrieb als Veranstalter organisiert werden soll
 2. evtl. benötigte Stromversorgung
 3. Ausmaße der benötigten Flächen (auch Überlassung der gesamten Marktfläche)
 4. Personalien des Antragstellers
 5. ggf. Konzept des Aufbaus für Spezialmarkt

- (3) Die Zulassung erfolgt spätestens vier Wochen vor Marktbeginn durch schriftlichen Bescheid mit Zulassungsregeln im einzelnen und auch zum Lärmschutz.
§ 14 Abs. 5 gilt entsprechend.
- (4) Nach Zulassung hat der Veranstalter bzw. der Marktbesicker die mit dem Bescheid über die Zulassung festgesetzten Standgebühren zu einem im Bescheid näher festgelegten Termin an die Gemeindekasse zu überweisen.
Die endgültige Platzvergabe bzw. Überlassung der Marktfläche wird von der fristgerechten Einzahlung abgängig gemacht. Ist eine Einzahlung bis zum festgesetzten Termin nicht bei der Gemeindekasse eingegangen, wird der Antrag auf Zulassung als zurückgezogen angesehen.
- (5) Wird die Veranstaltung durch einen Veranstalter, dem die gesamte Organisation obliegt, durchgeführt, ist dieser bei der Zulassung der einzelnen Marktbesicker frei.
In allen anderen Fällen steht die Entscheidung der Zahl der von jeder Art zuzulassenden Geschäfte der Marktaufsicht zu.
- (6) Eine Zulassung erfolgt nicht, wenn
 1. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller die für die Teilnahme erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt,
 2. der zur Verfügung stehende Platz insgesamt oder für bestimmte Waren bzw. Betriebsarten nicht ausreicht,
 3. ein Widerruf gem. § 12 Abs. 5 dieser Satzung erfolgt.
- (7) Das Anrecht auf den zugesagten Platz geht verloren, wenn der Antragsteller
 1. dem vereinbarten Termin der Platzzuweisung fernbleibt bzw. den Platz bis zum Marktbeginn nicht eingenommen hat,
 2. ohne triftigen Grund und ohne rechtzeitige Benachrichtigung der Veranstaltung fernbleibt,
 3. das aufgebaute Geschäft gar nicht oder nur zeitweise während der Öffnungszeiten betreibt,
 4. den Platz ohne Genehmigung einem Dritten überlässt,
 5. andere als die beantragten und zugelassenen Marktgeschäfte aufbaut.
- (8) Die Regelungen des § 12 Abs. 5 dieser Marktsatzung gelten entsprechend.

§ 19 Platzzuweisung

- (1) Die Platzzuweisung erfolgt durch die Marktaufsicht im Rahmen der erteilten Zuweisung nach telefonischer oder schriftlicher Vereinbarung auf der Marktfläche. Ein Anrecht auf einen bestimmten Platz besteht nicht. Die Zuweisung kann – auch nachträglich – mit Auflagen verbunden werden. Auf dem Volksfest dürfen Waren sowie Schaustellungen, Musikaufführungen, unterhaltende Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten im Sinne der GewO nur von einem zugewiesenen Standplatz aus angeboten und verkauft oder dargeboten werden.
- (2) Weitere mit der Inanspruchnahme des zugewiesenen Platzes zusammenhängende Einzelheiten ergeben sich aus der Zulassung bzw. aus der durch die Marktaufsicht nach der erfolgten Platzzuweisung an die Marktbesicker schriftlichen Hinweise der örtlichen Ordnungsbehörde und sind zu beachten.
- (3) Das eigenmächtige Einnehmen eines Platzes ohne eine erfolgte ausdrückliche Zuweisung durch die Marktaufsicht sowie das Aufstellen von Marktgeschäften aller Art außerhalb der festgesetzten Marktfläche ist verboten.
- (4) Die zum Transport der Marktgeschäfte dienenden Wagen einschl. Wohnwagen und Kraftfahrzeuge sind sofort nach der Anfahrt zu entladen und auf dem von der Marktaufsicht zugewiesenen Standplatz abzustellen, es sei denn, die Aufstellung ist zum Betrieb des Marktgeschäftes erforderlich oder von der Marktaufsicht besonders zugelassen.

§ 20 Auf- und Abbau

- (1) Mit dem Aufbau darf erst nach der Platzzuweisung begonnen werden.
- (2) Mit dem Abbau darf erst begonnen werden, wenn die Veranstaltung beendet ist. Ausnahmen sind nur mit der Zustimmung der Ordnungsbehörde gestattet. Abbauarbeiten, die Lärm verursachen und somit geeignet sind, die Nachtruhe der Anwohner zu stören, sind erst am Tage nach dem letzten Veranstaltungstag ab 7.00 Uhr zulässig.
- (3) Nach Beendigung der Veranstaltung ist der Platz innerhalb eines Tages zu räumen.
- (4) Ein Aufbau von Betriebseinrichtungen ohne eine erfolgte Platzzuweisung und ohne eine gesonderte ausnahmsweise Genehmigung / Zustimmung der Marktaufsicht wie auch ein Abbau von Betriebseinrichtungen vor Beendigung des Volksfestes können neben der Ahndung mit einer Geldbuße nach § 23 Abs. 1 Nr. 10 dieser Satzung zum Ausschluss bei dem darauffolgenden Volksfest führen.

§ 21 Gebrauchsabnahme

- (1) Alle Betriebseinrichtungen, wie z. B. Fahrgeschäfte, Schaubuden, Schankzelte, Schießbuden, Verkaufsstände ab bestimmter Größe (Fliegende Bauten) sind der Bauaufsicht des Kreises Herzogtum Lauenburg anzuzeigen.
- (2) Alle anzeigepflichtigen Betriebseinrichtungen müssen am Vortag vor dem Beginn des Volksfestes bis 11.00 Uhr für eine eventuelle bauaufsichtliche Abnahme fertiggestellt sein; eine für den Aufbau verantwortliche Person hat sich in der Zeit von 11.00 bis 13.00 Uhr vor Ort bereitzuhalten.
- (3) Die Betreiber der Geschäfte oder deren Vertreter haben an der Abnahme teilzunehmen und die erforderlichen Unterlagen (Baugenehmigungen, Statik und Prüf-/Kontrollbuch) bereitzuhalten. Festgestellte Mängel sind sofort zu beseitigen. Anderenfalls kann der Betrieb des Geschäftes untersagt werden.
- (4) Alle Verkaufsgeschäfte werden darüber hinaus vor Beginn des Volksfestes hinsichtlich der Gewährleistung der notwendigen Zu- und Durchfahrten für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge sowie der Freihaltung sämtlicher Grundstückseinfahrten der Anlieger behördlich überprüft.

§ 22 Lärmverbot

- (1) Musikinstrumente, Sirenen, Lautsprecher, Mikrophone, Megaphone und andere Verstärkereinrichtungen sind in ihrer Lautstärke so zu begrenzen, dass die Allgemeinheit nicht belästigt und die Standinhaber in ihrem Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden.
- (2) Die Anlagen sind so aufzustellen, dass ihr Schall in die Betriebseinrichtung gerichtet ist.
- (3) Ab 22.00 Uhr ist die Lautstärke auf das Mindestmaß herabzusetzen, jede Durchsage von werbenden (anreißerischen) Texten aller Art unter Benutzung der in Abs. 1 genannten Anlagen ist nicht mehr gestattet.
- (4) Die Ordnungsbehörde kann im Einzelfall weitere Regelungen treffen.

IV. Schlussbestimmungen

§ 23 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Mit einer Geldbuße kann nach § 134 Abs. 5 und 7 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der jeweils geltenden Fassung belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen eine Vorschrift dieser Satzung über
 1. das Recht auf Teilnahme gemäß § 3 Abs. 2,
 2. die Marktaufsicht nach § 4 Abs. 2 und 3,
 3. die Betriebseinrichtungen nach § 5 Abs. 1 bis 4 und 6, 8 und 9,
 4. das Freihalten der Gänge und Durchfahrten nach § 5 Abs. 7,
 5. die Versorgungseinrichtungen nach § 6 Abs. 2 bis 5,
 6. das Verhalten auf den Märkten nach § 7,
 7. die Sauberhaltung der Marktflächen nach § 8,
 8. den Verkauf oder das Darbieten vom zugewiesenen Standplatz aus nach § 12 Abs. 1 und § 20 Abs. 1 Satz 4,
 9. die sofortige Räumung des Standplatzes nach § 12 Abs. 5 Ziffer 3 sowie § 18 Abs. 7,
 10. den Auf- und Abbau nach § 11 Abs. 3 und § 20 Abs. 1, 2 und 4,
 11. die Platzzuweisung nach § 19 Abs. 3 und 4
 12. die Gebrauchsabnahme der Geschäfte nach § 21 Abs. 2 und 3,
 13. das Lärmverbot nach § 22 Abs. 1 – 3zuwiderhandelt.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 500,00 € geahndet werden.
- (2) Ebenfalls ordnungswidrig gem. § 146 Abs. 2 Nr. 5 Gewerbeordnung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Wochenmarktverkehr andere als die nach § 67 Abs. 1 Gewerbeordnung oder nach der Kreisverordnung über Waren des täglichen Bedarfs auf Wochenmärkten im Kreis Herzogtum Lauenburg zugelassene Waren freihält.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000 € geahndet werden.

§ 24 Datenverarbeitung

- (1) Für alle sich aus dieser Satzung ergebenden Aufgaben (Zulassungserteilung, Führung einer Bewerberliste u.a.) ist die Erhebung von Name, Vorname, Firma, Anschrift des Geschäftsinhabers und der Betriebsstätte gemäß § 11 GewO i.V.m. §§ 11 u. 13 des Landesdatenschutzgesetzes – LDSG – in der zur Zeit gültigen Fassung aus den EDV-Dateien der möglicherweise zuständigen Einwohnermeldeämter und Gewerbeämter zulässig.
Zur Beurteilung der „Zuverlässigkeit“ und der übrigen Berufszulassungs- und ausübungskriterien bei der Durchführung gewerberechtlicher Vorschriften und Verfahren können ggf. soweit erforderlich weitere Daten erhoben werden aus bereits abgeschlossenen oder sonst anhängigen
1. gewerberechtlichen Verfahren, Straf- oder Bußgeldverfahren,
 2. Insolvenzverfahren
 3. steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Verfahren oder
 4. ausländer- und arbeitserlaubnisrechtlichen Verfahren.
- (2) Die Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zu den sich aus dieser Satzung ergebenden Zwecken weiterverarbeitet und gespeichert werden.
- (3) Für das Verändern, Sperren oder Löschen der betreffenden Daten gilt das Landesdatenschutzgesetz in der jeweils geltenden Fassung.
- (4) Die Datenerhebung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Verwendungsregelungen entgegenstehen.

§ 25 Rechtsweg

Für Streitigkeiten aus dem Benutzungsverhältnis ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben.

§26 Personenbezeichnung

Die Bezeichnung von Personen in dieser Satzung gilt für Frauen und Männer gleichermaßen.

§ 27 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Oktober 2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 01.04.2002 außer Kraft.

Wentorf bei Hamburg, den 25.09.2003

Gruhnke
Bürgermeister